Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 252. Sonntag den 9. September 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 12. Septbr. 1883, Abends 6½ Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Wahl des II. Vorstehers.
II. Bericht des Finanz-Ausschusses über: a. das Abkommen wegen des Staatsbeitrages zu den Kosten des Polizeiamtes; b. Nachverwilligung zu Canto 2 „Polizeiamt" Pos. V. der Ausgaben des Haushaltplanes pro 1883; c. Bewilligung eines Quartiergeldzuschusses an drei Bezirksfeldwebel; d. Verwendung von 600 ℳ wegen Ermittelung der zur Bürgerrechtsgewinnung Verpflichteten; e. Uebernahme verschiedener Gegenstände im ehemaligen Reitstallgebäude.
III. Bericht des Bau-Ausschusses über Ausführung von Baulichkeiten an dem Gebäude des Pathologischen Instituts.
IV. Bericht des Oekonomie-Ausschusses über: a. Herstellung einer Umhüllung für das Gellertdenkmal; b. Neupflasterung eines Tractes der Zeitzer Straße; c. Ueberlassung eines Theiles des Exercirplatzes bei Gohlis zur Abhaltung der im Jahre 1884 zu veranstaltenden Gartenbau-Ausstellung; d. Herstellung einer Schleuße III. Classe auf einem Tracte der Reitzenhainer Chaussee.
V. Bericht des Oekonomie- und Finanz-Ausschusses über den Umbau des Wohnhauses des Rittergutes Eisdorf.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben die Stadtcasse und die Stiftungsbuchhalterei für

Mittwoch, den 12. dieses Monats

geschlossen.

Leipzig, den 8. September 1883.

Des Raths Finanz-Deputation.
Dr. Georgi.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassenquittungsbuches Serie I Nr. 47036 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 12. December d. J. zur Nachweisung seines Rechtes, bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Belohnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger, nach erfolgter Beendigung seiner Anzeige, der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, den 7. September 1883.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Im Monat **August** a. c. gingen beim Armenamte ein:

20	ℳ	—	₰ wegen Unterlassung der Zusendung von Verlobungskarten von Herrn Balletmeister Bernardelli,
5	„	—	„ als Ausgleich für eine gelieferte Torte zwischen Th. M. & L. B.,
5	„	—	„ wegen einer Wette, Hermann gegen Alexander, von Herrn Gustav Kirst,
3	„	—	„ von Herrn C. A. Sch. Ernstiner, Zolls Tunnel, durch Herrn B. Graul,
3	„	—	„ von Herrn Consul Rein, aus Madrid,
3	„	—	„ als Sühne in Sachen F. C. G. & E. S.,
10	„	—	„ „ „ „ „ H. F. M. & M. S.,
3	„	25	„ „ „ „ „ T. F. & E. G.,
1	„	—	„ „ „ „ „ A. K. & B. F.,
7	„	—	„ „ „ „ „ R. S. & O. K.
100	„	—	„ „ „ „ „ T. T. & C. H. S.
5	„	—	„ „ „ „ „ F. W. & M. S.
3	„	—	„ „ „ „ „ A. B. & A. W.
2	„	—	„ „ „ „ „ A. B. & A. M.
2	„	—	„ „ „ „ „ C. P. & L. M.
6	„	—	„ „ „ „ „ W. P. & C. S.
15	„	—	„ „ „ „ „ K. & Sch.
30	„	—	„ „ „ „ „ W. & F.
10	„	—	„ „ „ „ „ M. & W.
5	„	—	„ „ „ „ „ H. & S.
12	„	—	„ „ „ „ „ K. & St.
10	„	—	„ „ „ „ „ T. & P.
1	„	—	„ „ „ „ „ Sch. & B.
1	„	—	„ „ „ „ „ H. & W.
2	„	—	„ „ „ „ „ Sch. & L.

durch Herrn Friedensrichter B. Nagel.
durch Herrn Friedensrichter Conrad.
durch Herrn Friedensrichter C. A. Jauck sen.

264 ℳ 25 ₰.

Leipzig, den 7. September 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. L.

Der im hiesigen Georgenhause untergebrachte Handarbeiter **Friedrich Rudolph Becker** ist von dem ihm am 5. Juli a. c. ganze nicht in das Georgenhaus zurückgekehrt und zieht vermuthlich als Landstreicher umher.

Wir bitten, auf Becker zu fahnden und ihn im Betretungsfalle festnehmen, uns aber in diesem Falle kurze Nachricht zugehen zu lassen.

Leipzig, den 6. September 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Breitschneider. Ö.

Bekanntmachung.

Vom unterzeichneten Königlichen Amtsgericht soll

Montag, 24. September 1883 4 Uhr Nachmittags

das dem verstorbenen Privatmann Friedrich Carl **Albrecht** zu Stötteritz oberen Theils gehörige, unter Fol. 127 des Grund- und Hypothekenbuchs für diesen Ort verzeichnete und unter Catasternummer 25 der Hauptstraße daselbst gelegene Grundstück, welches 172 Quadrat-Ruthen Fläche umfaßt, mit 170.71 Steuereinheiten belegt, und am 2. April d. J. ohne Berücksichtigung der Oblasten auf 9900 ℳ gewürdert worden ist, auf Antrag der Erben öffentlich und meistbietend versteigert werden.

Die Versteigerung findet im Gasthof zum Löwen zu Stötteritz statt und wird bez. der Versteigerungsbedingungen auf den dort und an Amtsstelle befindlichen Anhang Bezug genommen.

Leipzig, am 24. August 1883.

Königliches Amtsgericht daselbst, Abtheilung V, Section 1.
Mannsfeld. Gh.

Bekanntmachung.

Nachdem in letzter Zeit wiederholt bei uns Beschwerden und Anzeigen über die intensive Luftverpestung, welche hier und da durch Ansammlung von Knochen in Rohproductengeschäften, namentlich aber beim Aufladen der in solchen Geschäften angesammelten Knochen und bei deren Transport auf Wagen vor sich geht, eingegangen sind und diese Klagen auch begründet befunden worden sind, so wird zur Beseitigung dieses gesundheitspolizeilich unzulässigen Uebelstandes hierdurch allen Inhabern von solchen Geschäften bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1 bis 150 ℳ oder entsprechender Haftstrafe aufgegeben, die angesammelten Knochen durch Kohlenpulver, Aetzkalk oder Carbolsäurepulver derartig zu desinficiren, daß sowohl beim Lagern, wie beim Aufladen und Transport die Verbreitung von Fäulnißgeruch ausgeschlossen ist. Ueber die Befolgung dieser Anordnung werden wir genaue Controle führen lassen.

Leipzig, den 5. September 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leße.

Nichtamtlicher Theil.

Aus dem Osten.

Die russischen Preßorgane werden nicht müde, die Friedensliebe der Russen und ihre freundschaftlichen Gesinnungen für Deutschland anzupreisen. Das scheint uns ein sehr bedenkliches Symptom, denn es geht daraus nur klar hervor, daß triftige Gründe vorhanden sind, um an der Aufrichtigkeit der Absichten Rußlands zu zweifeln. Es fällt auch sehr wenig ins Gewicht, wenn die „Moskauer Zeitung" lange Artikel über die Bündnißunfähigkeit der Franzosen veröffentlicht und sich über die Unsicherheit der französischen Verhältnisse ereifert. Das erweckt nur den Argwohn, daß dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit nach einer anderen Richtung abgelenkt werden soll, damit die Russen inzwischen um so ungestörter im Trüben fischen können. Wenn ein Bündniß Rußlands mit Frankreich so ganz außer aller Berechnung läge, so würde sich Herr Katkoff deswegen nicht so erhitzen; vorläufig weisen die beiderseitigen Interessen sowohl in Europa als auch in Asien und Afrika die beiden Mächte auf einträchtiges Handeln hin, und wenn es der russischen Diplomatie gelänge, Zwietracht zwischen Deutschland und Oesterreich zu stiften, diese letztere Macht zu isoliren, dann wäre der Zustand der Dinge geschaffen, wie ihn die Russen für ihre Zwecke gebrauchen. In Frankreich weiß man auch sehr gut, was man von dem Poltern der „Moskauer Zeitung" zu halten hat, man verzichtet deshalb auf gereizte Erwiderungen, sondern wartet seine Zeit ruhig ab.

Wenn Rußland wirklich ohne Hintergedanken wäre, dann gäbe es ein einfaches Mittel, um seine friedlichen Absichten außer Zweifel zu setzen: es brauchte nur im Königreich Polen den Friedensstand der Truppen herzustellen und Eisenbahn- und Festungsbauten in dieser Provinz mit mehr Muße und Ruhe zu betreiben, die Einübung der Cavallerie auf Distancemärsche mehr in das Innere Rußlands zu verlegen und sich überhaupt auf die Regelung und Verbesserung seiner inneren Angelegenheiten zu beschränken. Statt dessen sehen wir aber Rußland auch auf der Balkanhalbinsel in einer Weise thätig, welche nothwendig Mißtrauen in seine Absichten erregen muß. Die „Moskauer Zeitung" möge doch einmal die Gründe auseinandersetzen, weshalb Rußland sich so angelegentlich mit der Einrichtung der bulgarischen Armee nach russischem Muster beschäftigt und warum die bulgarischen Festungen erneuert und in Vertheidigungszustand gesetzt werden. Hegt Rußland vielleicht Befürchtungen wegen eines Angriffs von türkischer Seite oder will es sich gegen Feindseligkeiten Rumäniens schützen? Der Berliner Friede ist im Jahre 1878 geschlossen worden und in diesem ist festgesetzt, daß die Festungen Widdin, Rustschuk, Silistria und Sofia geschleift werden sollen. Seitdem sind fünf Jahre vergangen, aber die Schleifung ist nicht ausgeführt, im Gegentheil sind neue Forts errichtet worden und die Armirung ist vervollständigt. Das läßt doch sicherlich nicht auf friedliche Absichten schließen!

Der Gedanke liegt sehr nahe, daß der Besuch des Königs von Rumänien in Berlin und Wien und die Berathungen des rumänischen Ministerpräsidenten Bratiano mit den Grafen Kalnoky und dem Fürsten Bismarck mit den Kriegsvorbereitungen der Russen in Bulgarien in Zusammenhang stehen und daß es Rumänien gerathen erscheint, Hand in Hand mit Oesterreich und Deutschland zu gehen, statt sich der Gnade Rußlands zu unterwerfen. Was Rumänien von diesem Bundesgenossen zu erwarten hat, das hat der Krieg des Jahres 1877 gelehrt, in welchem Rumänien bei Plewna für Rußland die Kastanien aus dem Feuer holte und dafür den famosen Landestausch der Dobrutscha als Belohnung hinnehmen mußte. Serbien hat mit Rußland ähnliche Erfahrungen gemacht und zog es deshalb vor, sich mit Oesterreich auf freundschaftlichen Fuß zu setzen; die Verständigung mit dem deutschen Bundesgenossen Oesterreichs war die nothwendige Folge, und so sieht sich denn Rußland heute auf die Freundschaft des Fürsten Nikita von Montenegro beschränkt, denn der Fürst von Bulgarien macht nur gute Miene zum bösen Spiel, weil er sich vorläufig dem russischen Einfluß nicht entziehen kann. Natürlich ist dieser Umschwung in den Beziehungen der Balkanstaaten Rußland nicht gleichgiltig und Herr Katkoff verbirgt seinen Aerger darüber unter Freundschaftsversicherungen für Deutschland und Grobheiten gegen Frankreich, und in diesem Lande weiß man den Schmerz des groben Freundes zu würdigen und beklagt sich über die Politik Deutschlands, die auf Isolirung Frankreichs berechnet sei. Mag sich auch das „Journal des Débats" drehen und wenden wie es wolle, die Thatsache bleibt bestehen, daß Frankreich sich von allen Bundesgenossen gemieden sieht und deshalb Feuer und Flamme gegen Deutschland speit. Sehr ergötzlich sind die Anstrengungen, welche der bekannte Chauvinist und Minister des Innern Waldeck-Rousseau macht, um sich in diese ihm äußerst unbequeme Lage hinein zu finden. Bei der Einweihung des Denkmals Lafayette's in Puy sagte er mit einem sehr scharfen Seitenblick auf Deutschland: „Zwei demokratische Nationen (nämlich Frankreich und Nordamerika), welche überzeugt sind, daß sie nichts gegen ihre Nachbarn unternehmen dürfen, gleichzeitig aber entschlossen sind, nichts gegen sich unternehmen zu lassen, müssen sich gegenseitig achten." Das heißt doch klar und deutlich gesprochen: Wir würden Deutschland lieber heute als morgen überfallen, wenn wir auch nur die geringste Hoffnung auf Sieg hätten. Herr Waldeck-Rousseau sieht aber ein, daß der gegenwärtige Zeitpunct der Ausführung seiner Kriegspläne nicht günstig ist und er bescheidet sich deshalb, sie auf gelegenere Zeit zu verschieben. Dabei ist er mit Katkoff vollkommen einverstanden, seine Ausdrucksweise ist nur eine andere. Kommt Zeit kommt Rath, denkt er, und dann wird uns auch das Bündniß mit Rußland nicht fehlen.

Für Rußland schienen in neuester Zeit die Dinge dadurch eine günstigere Wendung nehmen zu wollen, daß der Aufstand in Kroatien das ganze Land ergriff und Bosnien und die Herzegowina in Mitleidenschaft zog. Hierin lag allerdings eine nicht unbedeutende Gefahr für Oesterreich und deshalb mußte die größte Energie entfaltet werden, um die Dinge nicht auf diesen Punct kommen zu lassen. Die Vereinigung der Civil- und Militairgewalt in der Hand des General v. Ramberg war, wie es scheint, das geeignete Mittel, um die gestörte Ordnung in Kroatien wieder herzustellen, denn in Agram ist inzwischen die gefürchtete Wiederaufrichtung der Wappen mit ungarischer Inschrift, ohne bei der Bevölkerung auf Widerstand zu stoßen, ausgeführt worden. Die Mißachtung der Regierungsgewalt in Ungarn und Kroatien ist gewiß zunächst eine innere Angelegenheit Oesterreich-Ungarns, aber sie hat wegen der angedeuteten Möglichkeit der Folgen auch ihre internationale Seite und diese konnte sehr wohl zum Gegenstand der Erörterungen in Salzburg gemacht worden sein. Gegenwärtig sind die Chancen für Rußland auf der Balkanhalbinsel nicht allzu günstig und es wird sich wohl hüten, jetzt eine neue Auflage von 1877 folgen zu lassen. Daß es dazu große Lust hat, ist sehr deutlich erkennbar, aber so lange Oesterreich und Deutschland einig sind, wird es wohl oder übel genöthigt sein, den Degen in der Scheide zu belassen.

Nachschrift. Nach Abfassung des vorstehenden Artikels gelangt zu unserer Kenntniß, daß die officielle russische „St. Petersburger Zeitung" mit der Bekanntmachung, daß der russische Hof für den verstorbenen Grafen von Chambord eine fünftägige Hoftrauer angelegt habe, die nachstehende interessante Auslassung verbindet, welche zugleich die Haltung der „Moskauer Zeitung" Frankreich gegenüber erklärt:

„Ob diese Nachricht den Advocaten, welche gegenwärtig Frankreich regieren, wohl angenehm oder unangenehm sein wird? Jeder Ausdruck des Mitgefühls seitens unseres Hofes der französischen Königsfamilie gegenüber kann aber nur mit voller Sympathie aufgenommen werden. Die von Deutschland unterstützte französische Republik hat Frankreichs Ansehen untergraben, ihm die Bedeutung einer Macht zweiten Ranges gegeben und entspricht in ausgezeichneter Weise den Absichten und Plänen des Fürsten Bismarck. Die republikanische Regierung verhielt sich Rußland gegenüber entweder mißtrauisch oder feindselig. Es wäre an der Zeit, daß auch wir die Maske fallen ließen. Die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich liegt vollkommen und bedingungslos im Interesse Rußlands. Ein starkes Frankreich wird uns ein Freund und ein monarchisches Frankreich auch ein natürlicher Bundesgenosse sein. In Frankreich selbst ist in den patriotischen Schichten der Bevölkerung der Haß gegen die Republik so groß, daß bei richtiger Unterstützung ein Umschwung in diesem Lande unzweifelhaft eintreten muß."

Frankreich kennt also jetzt den Preis, um welchen die Bundesgenossenschaft Rußlands zu gewinnen ist.

Leipzig, 9. September 1883.

* Zur Lage wird uns aus Berlin vom Freitag geschrieben:

„Fürst Dolgoruki, der Militair-Attaché der kaiserlich russischen Botschaft in Berlin, hat sich zu seinem Souverain nach Kopenhagen begeben. Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß der Fürst vor seiner Abreise zum Zaren noch eine längere Audienz bei Kaiser Wilhelm hatte. Die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen gelten allerdings als sehr freundschaftliche, auch ist die Stellung des russischen Militairbevollmächtigten am Hofe von Berlin seit vielen Jahren eine ganz besonders bevorzugte, gleichwohl dürften Diejenigen nicht irre gehen, welche der diesmaligen Audienz eine besondere Bedeutung beimessen. Fürst Dolgoruki dürfte einerseits den Auftrag gehabt haben, über den Zweck der Kopenhagener Reise diejenigen beruhigenden Aufklärungen zu geben, welche wir bereits vor einigen Tagen, als sie uns von bestinformirter Seite zugingen, unseren Lesern mitgetheilt haben. Andererseits ist der Fürst der Ueberbringer freundschaftlicher Versicherungen von unserer Seite, die, allerdings als nur mündliche und gewissermaßen der politischen Contrasignatur entbehrend, keine unmittelbar politische Bedeutung haben. Man läßt im Uebrigen die Vorgänge im Zarenreiche in Berlin nach keiner Seite aus dem Auge. Sobald dürften in Rußland die inneren Verhältnisse nicht als „consolidirt" anzusehen sein, und je weniger der Kaiser selbst die Kraft zu haben scheint, der vielfachen und zum Theil sich widerstrebenden und bekämpfenden Richtungen im Innern Herr zu werden, je weniger Aussicht vorliegt, daß er einen wirklich großen Staatsmann, einen „russischen Stein" finde, um so mehr steigen die Aussichten für äußere Verwickelungen, durch welche immerhin für einige Zeit das Interesse und die Aufmerksamkeit der russischen Völker abgelenkt wird. Zunächst scheint man wieder die orientalische Frage heraufbeschwören zu wollen, und nachdem der Fürst von Montenegro, schon mehr als unter normalen Verhältnissen erklärlich und nothwendig scheint, an das russische Interesse gefesselt worden ist, ist neuerdings durch den Einfluß Rußlands in Bulgarien eine Situation geschaffen worden, welche durchaus den Abmachungen und Bestimmungen des Berliner Vertrages widerspricht. Bulgarien soll nach diesem Vertrage ein der Türkei tributpflichtiges Fürstenthum sein, es ist aber in Wirklichkeit bereits zu einem russischen Vasallenstaat geworden. Durch welche Maßregeln der Fürst bewogen worden ist, abermals dem russischen Andrängen nachzugeben, ist für uns noch nicht zu übersehen. Thatsächlich war er bemüht, sich von dem Uebermaß des russischen Einflusses, von der directen Beherrschung durch russische Minister-Generale zu befreien. Es ist ihm nicht gelungen und er vielmehr in eine fast unhaltbare Stellung gebracht worden. Nicht allein die Pforte kann diesen Vorgängen gegenüber nicht gleichgiltig sein, ganz Europa ist dabei interessirt, daß die von sämmtlichen Staaten unterzeichneten Abmachungen des Berliner Vertrages nicht in so augenscheinlicher Weise verletzt werden. Man schenkt denn auch diesen Verhältnissen in unseren leitenden Kreisen erhöhte Aufmerksamkeit. Wie es heißt, soll Fürst Bismarck dem Plane des Fürsten von Bulgarien, sich von dem russischen Einfluß zu emancipiren, nicht ganz fern gestanden haben, und der „ehrliche Makler" dürfte schwerlich gewillt sein, zuzugeben, daß die Unterzeichner des Berliner Vertrages einfach bei Seite geschoben und ohne sein Wissen und Willen eine einseitige Umgestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel eintritt. Der dem Fürsten von Bulgarien gegenüber geübte Terrorismus dürfte recht bald zu rechtfertigen sein; damit aber würde unseren Forderungen noch nicht Genüge geschehen, es müssen neue Bürgschaften gefunden werden gegen derartige neue „Ueberraschungen", wenn sich die Diplomatie des Zarenreichs nicht dem Verdacht aussetzen will, daß sie Verwickelungen sucht, daß die Pforte, auf welchem Wege auch immer, von Neuem gereizt und gedemüthigt werden soll. Dann wäre der Friede schlecht garantirt und das mit Mühe hergestellte Gleichgewicht der Großmächte und damit der Friede Europas stünden in fortwährender Gefahr, erschüttert zu werden, welche um so größer wäre, je — herzlicher und inniger die Friedensbetheuerungen in der russischen Presse laut werden. —

In der conservativen Presse wird gegenüber dem Ausfall im Wahlkreise Torgau-Liebenwerda, wo trotz aller Wahlbeeinflussungen und wiederholter Verschiebung des Wahltermins der liberale Candidat mit einer überwältigenden Majorität gewählt worden ist, mit großer Genugthuung auf die Wiederwahl des conservativen Abg. Hahn im Bromberger Landtagswahlkreise hingewiesen und daraus gefolgert, daß die conservativen Bestrebungen und besonders die Anschauungen des Ministers von Puttkamer immer mehr Boden im Volke gewinnen. Diese Auffassung verräth entweder einen gänzlichen Mangel an Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse oder eine absichtliche Täuschung. Für Jeden, welcher die Provinzen Sachsen und Posen kennt, ist es klar, daß die beiden Provinzen so wenig wie in anderen Angelegenheiten auch in Bezug auf die Wahlen mit einander in Vergleich zu stellen sind. Während in Sachsen wirklich Liberale und Conservative einander gegenüber stehen, handelt es sich in der Provinz Posen lediglich darum, ob der Name eines Deutschen oder Polen aus der Wahlurne hervorgehen soll. Allerdings ist es bedauerlicher Weise nicht selten vorgekommen, daß wenn Aussicht vorhanden war, daß ein Liberaler gewählt würde, die conservativen Deutschen den Polen unterstützt haben. Das Gegentheil ist aber niemals der Fall gewesen. Und so war es auch dieses Mal. Nachdem Herr Hahn vom Regierungsrath zum Oberregierungsrath befördert worden war, haben es die Liberalen nicht für angezeigt gehalten, einen eigenen Wahlcandidaten aufzustellen. Es hat in politischer Hinsicht gar kein Kampf stattgefunden, kann also auch von einem conservativen Siege nicht die Rede sein. Liberale und Conservative haben sich eben nur als Deutsche gefühlt und einträchtig gegen den Polen gestimmt, welchem, hätten sie anders gehandelt, der Sieg zu Theil geworden wäre."

---

* Das Schreiben des Herrn von Bennigsen zur Empfehlung des nationalliberalen Candidaten Hotiendorf im 19. hannoverschen Wahlkreis wird dem fortschrittlichen Manöver, welches den nationalliberalen Führer und seinen voraussichtlichen Nachfolger in dem Reichstagsmandat in einen politischen Gegensatz bringen wollte, ein- für allemal ein Ende machen. Es hat aber auch der ganzen fortschrittlichen Presse und Blättern vom Schlage der „Weserzeitung" genützt, um Herrn von Bennigsen wieder mit Schmähungen und Vorwürfen zu überhäufen. Es ist doch wirklich der Gipfel der Naivetät, von Herrn von Bennigsen zu verlangen, daß er für einen halbwelfischen Fortschrittler gegen seinen eigenen Parteigenossen eintreten soll, weil bei dem letzteren einige Fortschrittsdöttes „agrarische" Neigungen entdeckt haben wollen! Gleichzeitig läuft durch alle fortschrittlichen Blätter eine Notiz über die Aufstellung eines fortschrittlichen Candidaten im Wahlkreis Greifswald. In derselben heißt es: „Allseitig wurde auf die Nothwendigkeit eines einmüthigen Zusammenhaltens aller liberalen Elemente für die nächste Wahl hingewiesen." Ein recht bezeichnendes Gegenstück, diese beiden Wahlkreise! Der Einigkeit in Greifswald hat die fortschrittliche Centralleitung eigenthümlich vorgearbeitet. Sie wird es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn der Eifer unter den dort zahlreichen Nationalliberalen angesichts der Herausforderung in so manchen anderen Wahlkreisen nicht allzu groß ist.

* Man schreibt uns aus Berlin: „Die Wahlbewegung für die Erneuerung der Stadtverordnetenversammlung in Berlin nimmt täglich an Umfang und Vertiefung zu. Man hebt mit gutem Grund hervor, daß diese Wahlen eine weit über das Weichbild der Stadt hinausgehende, vielleicht für die ganze Entwicklung der communalen Selbstverwaltung entscheidende Bedeutung haben. Trotzdem die städtische Verwaltung und Vertretung ein neutraler, dem Kampf der politischen Parteien entzogener Boden sein könnte und sollte, besitzt die herrschende Wahlbewegung in der Hauptstadt einen eminent politischen Charakter. Es ist ein Kampf der conservativen Reaction von rechts und der Socialdemokratie von links gegen die herrschende liberale oder richtiger gesagt Fortschrittspartei, und der Streit würde schwerlich so heftig geführt, wenn es sich nur um ein paar Sitze in der Stadtverordnetenversammlung handelte, wenn man nicht auf allen Seiten von einem Erfolg bei diesen Wahlen eine mächtige Rückwirkung auf die politische Stimmung des ganzen Volks erwartete. Die Fortschrittspartei befindet sich hier in einer ihr sonst ungewohnten Stellung. Auf politischem Gebiet stets Opposition, Kritik, Negation, ist sie hier auf diesem communalen Gebiet seit langen Jahren im Regiment, und während sie dort nur Angriff, Tadel und absprechendes Urtheil kennt, findet sie hier Alles mustergültig und bewunderungswürdig. Sie ist hier die eigentlich conservative Partei, die andern, die „Bürgerpartei" und die „Arbeiterpartei", sind die ungestümen Reformdränger und aufwiegelnden Demagogen. Ueber die Agitationsmethode und Kampfweise der gegnerischen Parteien wird jetzt bitter geklagt, allein gerechter Weise kann man nicht verkennen, daß sie viel aus dem Beispiel der Fortschrittspartei auf politischem Gebiet gelernt haben. Dieses Herabsetzen aller bestehenden Einrichtungen, dieses Geringschätzen aller fremden Leistungen, dieses Aufbauschen kleiner Mängel, dieses Schwarzmalen, wie es die Fortschrittspartei ihren communalen Gegnern zum Vorwurf macht, übt sie es nicht selbst im Uebermaß in der politischen Agitation? Wenn man z. B. Tag für Tag auf die Ungerechtigkeit der Besteuerung der Bedürfnisse des Lebens